AUSGABE 10/2021

EINBLICK

KEINE CORONA-WARNAMPEL,
sondern Deutschland ohne Corona-Maßnahmen!

CORONA, GRUNDRECHTE, IMPFNÖTIGUNG,
unfähige Regierung!

KEIN AUSVERKAUF BRANDENBURGS !
Regierung muss Stärke zeigen!

CORONA-POLITIK:
Grundrechte dürfen nicht von Bedingungen abhängig sein!

BIRGIT BESSIN

Keine Corona-Warnampel, sondern Deutschland ohne Corona-Maßnahmen!

Die Linke legte in der letzten Plenarsitzung einen Antrag vor, mit dem sie eine Corona-Warnampel fordert.

Und ohne den Antrag zuerst gelesen zu haben, war mir nach lesen der Überschrift klar, dass wir diese Forderung ablehnen werden! Denn wir fordern seit Monaten wieder den Weg zurück zu einem normalen Brandenburg, einem normalen Deutschland, ohne Maskenpflicht, ohne Testpflicht und ohne weiter steigenden Impfdruck. Wir fordern die Freiheits- und Grundrechte für jedermann, und zwar ohne eine Bedingung, zurück und erinnern an die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen.

Die Coronaregeln waren bisher von einem großen Durcheinander gekennzeichnet. Selbst Parlamentarier konnten den Überblick verlieren was nun wo aktuell gilt. Wie geht es dann wohl erst jedem einzelnen, der sich nicht tagtäglich mit Corona und Politik beschäftigt? Aber es gibt 1 Punkt in dem Forderungsteil des Linken-Antrags, den wir bedingt unterstützen: weiterhin kostenfreie Tests zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile wissen alle um die hohe Fehlerhaftigkeit und mangelnde

Aussagefähigkeit dieser Tests überhaupt. Selbst die Bildungs- und Gesundheitsministerinnen haben die hohe Fehlerhaftigkeit öffentlich zugegeben. Und trotzdem werden diese Test seit gefühlten Ewigkeiten eingesetzt.

Aber ich betone gerne noch einmal: Nicht jeder positiv Getestete ist krank!

Sie erinnern sich bestimmt noch alle, an das Getränk Cola – das ja scheinbar auch „coronakrank“ sein müsste, nachdem mehrere Personen einen Coronatest mittels Cola spaßeshalber durchgeführt haben. Selbstverständlich ist das Blödsinn! Ich habe privat spaßeshalber auch einiges mal ausprobiert: unser Hund war negativ, Apfelmus positiv. Und vielleicht haben Sie das ja auch schon einmal mit diversen Gegenständen getestet?

Aber zurück zum Ernst der Lage:
Vor dem Hintergrund, dass durch die Corona-Politik der Landesregierung unsere Gesellschaft seit Monaten gespalten wird, und jetzt durch die Abschaffung der kostenlosen Coronatests Menschen gedrängt werden sollen, sich impfen zu lassen, unterstützen wir diese Forderung. Auf meine Frage im Gesundheitsausschuss an die Gesundheitsministerin, ob die Landesregierung sozial schwache Menschen finanziell oder anderweitig unterstützen wird, war die Antwort der Ministerin nicht nur deutlich, sondern auch menschlich eiskalt, sinngemäß wie folgt:
Nein! Es wird keine Unterstützung geben. Die Menschen können sich impfen lassen! Die Bürger sollen schlichtweg dafür finanziell abgestraft werden, wenn sie ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung wahrnehmen und sich bei der Impfung nicht nach Regierungswünschen verhalten. Dies wird, wie meistens bei der Politik der Herrschenden, wieder einmal vor allem die ärmeren Bevölkerungssichten treffen. Wir haben diesen Antrag der Linken (DS 7/4251) selbstverständlich in Gänze abgelehnt.

Denn wir brauchen keine Ampel, aus der hervorgeht, wann wir unsere Grundrechte vollständig

CORONA, GRUNDRECHTE, IMPFNÖTIGUNG, UNFÄHIGE REGIERUNG!

Die Regierung hat das Schicksal der Menschen auf dem Gewissen! Menschen wurde verboten zu arbeiten. Menschen wurde wirtschaftlicher Schaden zugefügt. Manche Menschen wissen teilweise bis heute nicht, wie sie ihre Familie ernähren sollen. Im Krankenhaus Cottbus werden nur noch Mitarbeiter eingestellt, die geimpft sind....

In meiner Kurzintervention zu unserem AfD-Antrag zu Grundrechten und gegen die herrschende Corona-Politik entgegne ich dem CDU-Vertreter, wie sehr die Regierung das Vertrauen verspielt hat!

WIE VIEL ZUWANDERUNG VERTRÄGT EIN LAND

Wir haben bei der Landesregierung mal nachgefragt:
Wo liegen die Aufnahmegrenzen für Zu- und Einwanderer für Brandenburg, wenn eine Integration noch gelingen soll ? Wenn man dabei mal verschiedene Bereiche wie ausreichender und bezahlbarer Wohnraum, Integrationsfähigkeit und Verträglichkeit mit der märkischen Kultur usw. berücksichtigt?

Die Antwort der Landesregierung ist ziemlich ernüchternd:
Integration folge auf Migration. Insbesondere Fluchtmigration resultiere aus einer Vielzahl verschiedener Ursachen. Integration sei nicht mit Assimilation zu verwechseln, sondern ist ein gemeinsamer Prozess, bei dem im Falle des Gelingens ein gemeinsames Drittes entsteht.

Ein gemeinsames Drittes?

Das heisst also für die Landesregierung bedeutet diese nicht, dass wir unsere Werte und Art zu leben uneingeschränkt erhalten sollen und Ein- und Zuwanderer sich hieran anpassen müssen. Nein, ganz im Sinne der ehemaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Özoðuz bedeutet Integration scheinbar für sie, dass das Zusammenleben täglich neu auszuhandeln wäre. Man solle sich sozusagen ‚in der Mitte treffen'.

"DAMIT BEGINNT DER AUSVERKAUF BRANDENBURGS. UND DAS MUSS VERHINDERT WERDEN."

Denn ohne eine klare Anspruchs- und Erwartungshaltung, sich an unsere Kultur anzupassen, gibt es bei einem größer werdenden muslimischen Bevölkerungsanateil mutmaßlich zwangsläufig ein Erstarken islamisch-fundamentalistischer Wertvorstellungen, mit all seinen negativen Folgen.
Dies zeigen uns doch die Erfahrungen aus anderen Ländern eindeutig. Immer weitere Zugeständnisse sind angesichts der Sozialisierung vieler Migranten und wo diese deshalb ideologisch stehen, eine gefährliche Denkweise, welche für Islamisten wie Schwäche wirkt und sie deshalb in ihrer Ablehnung unserer westlich-säkularen Lebensweise nur bestärkt.

KEIN AUSVERKAUF BRANDENBURGS ! REGIERUNG MUSS STÄRKE ZEIGEN!

CORONA-POLITIK: GRUNDRECHTE DÜRFEN NICHT VON BEDINGUNGEN ABHÄNGIG SEIN!

Wir haben diesen Antrag dem Landtag Brandenburg zur Abstimmung vorgelegt – was ein Selbstverständnis für alle sein sollte.

Leider zwingt uns die Corona-Politik des Landes und des Bundes und die offenen bekundeten Bestrebungen einiger verantwortlicher Politiker, die Grundrechte weiter einschränken zu wollen, erneut dazu, das Thema Grundrechte und Corona-Politik zu diskutieren, insbesondere im Hinblick auf unsere Kinder. Von Herrn Drosten konnte man vor einigen Tagen bereits die nächste Corona-Panikmache vernehmen. Er sprach vom Schließen der Impflücke – entweder soll man überzeugen oder die Menschen anderweitig dazu bringen. Und so nebenbei bezeichnet er Ungeimpfte dann auch noch als ungebildet...! Unglaublich! Und genau dieser Nebensatz ist es, mit dem Menschen verächtlich gemacht und disqualifziert werden – auch von vielen Abgeordneten.

Wir erleben bereits schon viel zu lange eine Ausgrenzung und den Versuch einer gesellschaftlichen Ächtung durch Regierungspolitik, und viele, nicht alle, Medien, derjenigen, die sich jetzt – aus welchen Gründen auch immer – nicht impfen lassen möchten. Und die Diskussion und die Entscheidungen im Parlament befeuern die Spaltung unserer Gesellschaft, da Menschen vorsätzlich ausgegrenzt werden. Die Spaltung der Gesellschaft wird von der herrschenden Politik weiter vorangetrieben. Und wie bei der Frage der ungelösten Massenmigration werden auch zunehmend beim Thema Corona die Vertreter oder Mitläufer der Regierungsmeinung als die moralisch erhabene Seite porträtiert, während die andere Seite als unvernünftige Verschwörungstheoretiker, Extremisten o.ä. abgestempelt wird – unberechtigt selbstverständlich!

Während einerseits stets beteuert wurde, es gäbe und komme keine Impfpflicht, erhöht die Regierung gleichzeitig die Nachteile, die ein Impfverzicht mit sich bringt. Es gibt mittlerweile kaum ein Grundrecht, auf das die Regierung mit dem Verweis auf das Virus nicht schon zum Angriff geblasen hat:
-allgemeine Handlungsfreiheit
-Freiheit der Person
-Religionsfreiheit
-Versammlungsfreiheit
-Freizügigkeit
-Berufsfreiheit.

Dabei sind unsere Grundrechte unser höchstes Gut!

Der neueste unrühmliche Höhepunkt sind die Beschlüsse auf Bundesebene bzgl. des Wegfalls der Lohnfortzahlung im Quarantänefall für Ungeimpfte. Dem Seuchenkabinett ist keine Ausrede zu dumm.

Hinzu kommt dass die Quarantänebetroffenen in den meisten Fällen ja nicht einmal von Corona betroffen sein müssen.

Man muss sich einmal Folgendes vor Augen führen:
Der Staat schickt u.a. vollkommen gesunde Menschen sinnlos in die Quarantäne, verbietet ihnen ohne jeden erkennbaren Grund das Arbeiten und will ihnen dann auch noch die Lohnfortzahlung verwehren.

Damit wird nicht nur die Gesellschaft zunehmend in Geimpfte und Ungeimpfte gespalten, sondern die Gräben zwischen herkömmlichen Arbeitnehmern und ihrem beim Pendant im Staatsdienst, den Beamten, vertieft. Denn Letztere bekommen ihr Gehalt im Quarantänefall weiterhin auch ungeimpft.

In dem Zusammenhang sei löblich an den Inhaber eines Edeka-Marktes in Bautzen zu erinnern und zu danken für seinen Mut: Er werde die Lohnfortzahlung selbst aufrecht erhalten, aus eigenen Mitteln.

Hinzu kommt dann nun in Kürze weiterhin die Selbstzahlung der Tests für jedermann außer Minderjährige und Schüler und Personen, die nicht geimpft werden können. Ungeimpfte werden durch 2G-Optionsmodelle in kulturellen und sozialen Gesellschaftsbereichen sowieso bereits aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Die Testpflicht für vollkommen gesunde Menschen ist an sich schon eine Zumutung , das Inrechnungstellen aber ein Skandal. Viele Menschen werden sich diese finanzielle Zusatzbelastung nicht leisten können oder wollen. Somit trifft es mal wieder gerade auch sozial schwache Mitmenschen.

Juristisch werden zwar Bürger nicht zu einer Coronaimpfung gezwungen, man lässt sie aber ohne Impfung finanziell ausbluten oder lässt andere als Vollstrecker ihrer Politik auftreten.

Nach dem gültigen Verständnis unserer freiheitlichen Rechtsordnung kommen die Grundrechte dem Einzelnen nicht vorbehaltlich eines gewünschten Verhaltens, sondern unbedingt zu. Es ist ausgeschlossen, dass sich Grundrechte verdient werden müssen oder ein Opfer im Hinblick auf die eigene körperliche Unversehrtheit und Gesundheit erbracht werden muss, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Ganz im Gegenteil ist es so, dass jede staatlich zu verantwortende Grundrechtsbeschränkung ihrerseits der Rechtfertigung bedarf. Diese Argumentation der Rechtfertigung wird auch von jenen vorgetragen, die sich für den Wegfall der Freiheitsbeschränkungen allein für Geimpfte aussprechen. Die Konzentration auf die Geimpften bei der Widerherstellung der Grundrechte unterstellt allerdings, dass die überbordenden Grundrechtsbeschränkungen rechtmäßig sind, solange jeder einzelne Bürger nicht den Nachweis erbringt, nicht ansteckungsfähig zu sein.
Das Infektionsgeschehen rechtfertigt jedoch die weite Teile der Bevölkerung treffenden Lockdown-, Schließungs- und Kontaktbeschränkungsmaßnahmen insgesamt nicht, da die Belastung des Gesundheitssystems, die Überlastung der Krankenhäuser und auch die Anzahl der von schweren Verläufen Betroffenen das normale Maß nicht überschreitet. In vorliegender Konstellation droht das Zurechnungsmodell zu kippen: Jeder Bürger soll zukünftig permanent aktiv und mit Hilfe seiner eigenen finanziellen Mittel beweisen, dass er „ungefährlich“ ist - und dies unabhängig von valide ermittelten Wahrscheinlichkeiten oder Risikoabschätzungen, sondern als Umkehrung eines Generalverdachts der Gefährlichkeit, der empirisch im Einzelnen nicht belegt ist. Eine solche Umkehr ist abzulehnen.

UNSER WAHLKAMPF | 2021

Deuts
Aber
LANDESVE
BRANDEN

Deuts
Aber
LANDESVER
BRANDEN

schland.
normal

BARGELD
MEHR SICHERHEIT
AfD

JUNGE ALTERNAT
JUNGE ALTERNATIVE BRANDENBURG
NONSENSE

Deutschland.
LANDESVERBAND
BRANDENBURG
AfD

Deutschland.
AfD

Deutschlan
Abnorma

Deutschland.
Ab ormal.

Deutschland.

Patriot

JUNGE ALTERNATIVE BRANDENBURG

rnative
eutschland

für ein
stliches
ndland!

Deutschland

Mit dem
zum Sommerfest!
Volksexpress
Dienstag, den 07. September 2021
11:00 Uhr: Infostand in Henningsdorf (Bahnhofsvorplatz)
12:30 Uhr: Fahrt durch Velten, Leegebruch, Germendorf
13:00 Uhr: Infostand in Oranienburg (Schlossplatz)
14:30 Uhr: Fahrt durch Nassenheide, Löwenberg
15:00 Uhr: Infostand in Zehdenick (Marktplatz)
16:15 Uhr: Fahrt durch Liebenwalde, Nassenheide, Leegebruch
17:00 Uhr: Infostand in Hennigsdorf (Alte Feuerwache)
18:00 Uhr: Großes AfD-Sommerfest in Hennigsdorf (Alte Feuerwache) mit
Deutschland Aber normal
AfD

Aber normal.

WAHLKAMPF mit FREUNDEN!
31.07.2021 • Cottbus
06.08.2021 • Bad Liebenwerda
07.08.2021 • Heidesee
11.08.2021 • Jüterbog
14.08.201 • Wriezen
15.08.2021 • Zossen
17.08.2021 • Bünz
18.08.2021 • Joachimsthal
19.08.2021 • Steinhöfel
20.08.2021 • Neuruppin
21.08.2021 • Lübben
21.08.2021 • Senftenberg
22.08.2021 • Eberswalde
28.08.2021 • Frankfurt / Oder
29.09.2021 • Brandenburg Havel
04.09.2021 • Müllrose
07.09.2021 • Oberhavel
10.09.2021 • Niedersachsen
11.09.2021 • Nauen
11.09.2021 • Sachsen
12.09.2021 • Karstädt
14.09.2021 • Thüringen
17.09.2021 • Finsterwalde
18.09.2021 • Treuenbrietzen
19.09.2021 • Forst
23.09.2021 • Hamburg
24.09.2021 • Oberhavel
25.09.2021 • Uckermark
Deutschland. Aber normal.
BIRGIT BESSIN
STELLV. LANDESVORSITZENDE
LANDESVERBAND BRANDENBURG
AfD

birgitbessin

@BirgitBessin

t.me/BirgitBessin

bessin_birgit_afd

BirgitBessinAfD

Bürgerbüro Luckenwalde
Breite Str. 27, 14943 Luckenwalde

Bürgerbüro Trebbin
Baruther Str. 28, 14959 Trebbin

Mobiles Bürgerbüro